

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.11.2012

AN/1878/2012

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	03.12.2012

Weitere Planungen bezüglich Sekundar- und Gesamtschulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu setzen:

Unabhängig von den Resultaten der aktuellen Elternbefragung zur Wahl der weiterführenden Schulen zeigen schon die Reaktionen der Eltern in Ehrenfeld/Bickendorf sowie der Leitungen der Porzer Real- und Hauptschulen, dass Sekundarschulen in Köln keine positive Resonanz finden. Dies beruht zum Ersten darauf, dass Sekundarschulen unausweichlich mit der 10. Klasse enden. Die Schülerinnen und Schüler müssen also auf dem Weg zum Abitur einen risikoreichen Wechsel der Lernumgebung hinnehmen. Die meisten Eltern haben aber für ihre Kinder den geraden Weg zum Abitur im Auge. Zum Zweiten droht die Sekundarschule zur Auffanginstitution für Abschlungen der Gymnasien und zur Restschule zu werden.

Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion DIE LINKE um Beantwortung der folgenden Fragen:

1.
Wird die Verwaltung in Bezug auf die gescheiterte Sekundarschulplanung für die Montessorischule Rochusstraße Konsequenzen ziehen, die über die Zurücknahme des entsprechenden Antrags hinausführen? Wenn ja, welche? Wenn nicht: Aus welchen Gründen wird auf solche Konsequenzen verzichtet?
2.
Wird die Verwaltung nach dem einheitlichen, auf Umwandlungen in Gesamtschulen gerichteten Votum der Porzer Real- und Hauptschulen entsprechende Maßnahmen

einleiten? Wenn ja, welche? Wenn nein: Aus welchen Gründen wird auf solche Umwandlungen verzichtet?

3.

Wird die Schulverwaltung die unter 3.2 aufgeführten Punkte 2 und 3 der "Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012" den Resultaten der Elternbefragung und dem Votum der Porzer Real- und Hauptschulen entsprechend überarbeiten? Wenn ja, mit welchen konkreten Planungszielen und zeitlichen Vorgaben?

4.

Wurden seitens der Verwaltung weitere Schritte unternommen, die hinsichtlich des Zwangs zu Neubewerbungen und möglichen Versetzungen für die Kollegien auf eine Entschärfung der geltenden Regelungen für die Umwandlung zu Gesamt- oder Sekundarschulen hinauslaufen können? Wenn ja, welche und mit welcher Resonanz? Wenn nein: Sind solche Schritte geplant?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Jörg Detjen
Fraktionssprecher

Gez.

Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin